

Kostendruck am Finanzplatz



«Für die Entwicklung von Regulierungsvorlagen ist eine Sachkenntnis der Praxis unabdingbar.»

Prinz Michael von und zu Liechtenstein,
Executive Chairman von Industrie- und
Finanzkontor Ets.

Der Finanzplatz trägt wesentlich zur hohen Wertschöpfung und zum Steuereinkommen in Liechtenstein bei. Rund ein Zehntel aller Beschäftigten in Liechtenstein arbeitet in der Finanz- und Versicherungsbranche. Sie erbringen nicht nur für ausländische Kunden Dienstleistungen, sondern auch für das heimische Gewerbe, den Handel sowie die Bevölkerung an sich. Er ist ein unverzichtbarer Bestandteil der heimischen Wirtschaft.

Nun ist der Kostendruck am Finanzplatz über die vergangenen Jahre überproportional angestiegen. Der automatische Informationsaustausch, das amerikanische FATCA, die Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und weitere Regulierungsmechanismen führen dazu, dass der Administrationsaufwand im Berufsalltag immer mehr Raum einnimmt und in keinem gesunden Kosten-Nutzen-Verhältnis mehr steht. Dies ganz abgesehen von der Komplexität und teilweisen Widersprüchlichkeit, die aus Regulierungen resultiert. Man denke etwa an den automatischen Informationsaustausch, mit dem Finanzintermediäre

dazu gezwungen werden, Kundendaten zu digitalisieren und elektronisch auszutauschen. Dem gegenüber steht die DSGVO, mit der darauf gepocht wird, personenbezogene Daten besser zu schützen und deren Verarbeitung auf ein notwendiges Mass zu beschränken.

Finanzplatzakteure werden immer mehr in die Rolle von «Kontrollleuten» gedrängt. In der Konsequenz werden Dienstleistungen überteuert und es verbleibt immer weniger Zeit für die eigentliche Funktion in der Betreuung und Beratung. Regulierungen erzeugen Kosten, deren Nutzen gegenüber Kunden nur mehr schwer zu argumentieren ist. Sie blähen die administrative Verwaltung von Unternehmen auf und machen das Dienstleistungsangebot schwerfällig.

In vielen Fällen ist es so, dass eben jene, die Regulierungsvorlagen und die Überwachung auf supranationaler Ebene entwerfen, über wenig praktisches Wissen verfügen. Nichtsdestotrotz erstellen sie Vorschriften für ganze Industriezweige und sehen sich dadurch in ihrem Wirken bestätigt. Organisationen wie die OECD – die im Grunde genommen über keinen «Regulierungsauftrag» verfügt

und vielmehr zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung beitragen sollte – zwingen zudem über «Name-and-Shame-Listen» Staaten dazu, ihre Gesetze anzupassen. Dieser Trend setzt sich insbesondere auf supranationaler Ebene fort. Die regulatorisch vorangetriebene übertriebene Effizienzbeschränkung des Finanzsystems wird sich langfristig negativ auf die Wirtschaftsentwicklung auswirken – nicht nur in Liechtenstein, sondern in Europa an sich. Im Bankwesen lässt sich dies am Beispiel der Fusionsdiskussionen zur Deutschen Bank mit der Commerzbank aufzeigen. Dominierende Gruppen werden gefördert, obschon eigentlich die «too-big-to-fail»-Problematik vermieden werden will. Auch muss das Bewusstsein geschärft werden, dass technologische Möglichkeiten mit all ihren Vorteilen nicht in jeder Branche gleich stark Eingang finden werden. Gerade im liechtensteinischen Treuhandwesen steckt sehr viel Massarbeit: Jede Vermögensstruktur ist eine Einzelanfertigung. In dieser Branche wird die Anwendung von technologischen Prozessen nicht in vollem Masse umsetzbar sein.

Das Regulierungsnetz ist komplex und Finanzinnovationen wie beispielsweise neue Dienstleistungsmodelle unter Einsatz der Blockchain-Technologie können sich in vielen Ländern nur schwerlich entwickeln. Der Finanzplatz Liechtenstein hat hier einen entscheidenden Vorteil: Er ist klein und äusserst agil. Mit einer vorausschauenden Blockchain-Gesetzgebung gepaart mit angemessenen Aufsichtsmassnahmen wird in Liechtenstein der Weg für Finanzplatzinnovationen vorbereitet.

Aus dieser Perspektive gilt es, den Finanzplatz weiterhin konstruktiv und auch beharrlich in entscheidende internationale Diskussionen und Prozesse einzubringen und mit einem gesunden Selbstbewusstsein die Auswirkungen von Regulierungsvorgaben auf die Praxis aufzuzeigen. Damit der aus Regulierungen resultierende Kostendruck langfristig eingedämmt werden kann – und der liechtensteinische Finanzplatz weiterhin für Stabilität, Kompetenz und Langfristigkeit stehen kann.

KOMMENTAR



Dorothea Alber, stv. Chefredaktorin

Das Geld lässt auf sich warten

Liechtensteins Unternehmen zeichnet ein hoher Erfindergeist aus (Seite 6). Doch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Liechtenstein werden fast ausschliesslich von Privaten geleistet. Damit hebt sich Liechtenstein von seinen Nachbarländern ab. Während die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Jahr 2015 anteilmässig im EU-Durchschnitt etwa 35 Prozent betragen, lagen sie in der Schweiz bei 27 Prozent. Eine Schätzung der KOFL ergab für Liechtenstein im Jahr 2008 einen öffentlichen Anteil von circa 1 Prozent. Dieser dürfte auch über zehn Jahre später kaum gestiegen sein – wie denn auch?

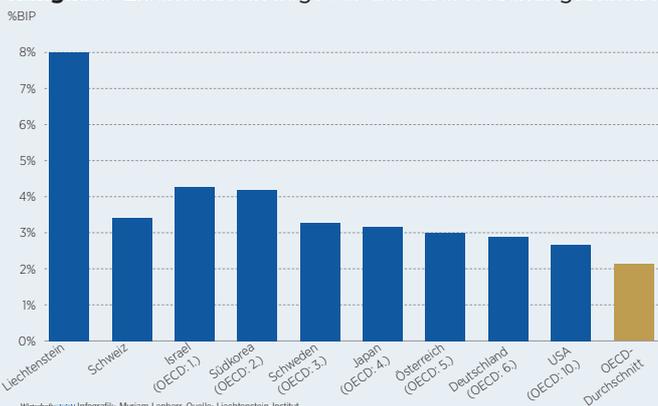
Ein Forschungsförderungsgesetz wird von der Regierung schon seit Jahren versprochen. Zurückhaltend zeigte man sich auch damals, als man sich nicht am EU-Programm für Forschung und Entwicklung (Horizon 2020) beteiligte mit dem Argument, dass man diese Gelder nicht zuerst nach Brüssel schicken möchte, sondern lieber gleich direkt in Liechtenstein investieren. Diese Forschungsausgaben lassen aber noch heute auf sich warten.

Warum fährt Liechtenstein aber einen solchen Kurs? Die grossen Industriebetriebe des Landes – die übrigen Inhaber von tausenden Patenten sind – brauchen die staatliche Hilfe ja vielleicht nicht. Einen mächtigen Teil ihrer Milliardenumsätze investieren sie wieder in die Forschung. Aber gilt dies wirklich für alle Branchen und Unternehmen jeder Grösse in Liechtenstein? Und wäre Forschung nicht generell etwas, von dem der ganze Wirtschaftsstandort inklusive der Finanzplatz profitieren würde? So liesse sich öffentliches Wissen jeglicher Art generieren und nicht nur für betriebliche Entwicklung von Produkten oder Dienstleistungen. Ein neuer Anlauf für ein Gesetz zur Förderung der Forschung wäre präferenswert.

dalber@medienhaus.li

CHART DER WOCHE

Rangliste Liechtenstein liegt vor den drei forschungstärksten Ländern der OECD*



*Ausgaben für Forschung und Entwicklung

IMPRESSUM:

Herausgeber: Vaduzer Medienhaus AG
Geschäftsführer: Daniel Bargetze
Chefredaktor: Stephan Agnolazza-Hoop (ags)
Redaktion: Dorothea Alber (dal), Reto Philipp Mündle (rpm), Jeremias Büchel (jeb)
Redaktionsassistent: Sandro Widrig
Fotografen: Daniel Schwendener, Tatjana Schnalzer
Marketing/Verkauf: Patrick Flammer (Leiter), German Beck, Tristan Gabathuler, Astrid Tschhäuser (Innendienst)
Abonnementdienst: Susanne Hehli
Druck: Samedia Partner AG, 9469 Haag

Adressen: Vaduzer Medienhaus AG, Lova Center, Postfach 884, 9490 Vaduz, Tel. +423 236 16 16, Fax +423 236 16 17, Redaktion: Tel. +423 236 16 35, E-Mail: redaktion@wirtschaftsregional.li; Inserate: Tel. +423 236 16 63, Fax +423 236 16 63, E-Mail: Inserate@wirtschaftsregional.li; Abonnementdienst: Tel. +423 236 16 61, E-Mail: abo@wirtschaftsregional.li, www.wirtschaftsregional.li